

21. III. 1919

78

Staatssekretär Schumpeter über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

Wien, 20. März.

Der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter empfing heute die Vertreter der Presse. Er hielt eine Ansprache über die wirtschaftlichen Aufgaben, welche Deutschösterreich zu bewältigen haben wird. Dr. Schumpeter gelangte hierbei zu einem optimistischen Urteil. Er sprach die Erwartung aus, daß wir keinen Anlaß haben, die Dinge allzu pessimistisch anzusehen und daß sich die Volkswirtschaft ziemlich schnell werde erholen können. Ueber die Rede liegt der folgende Bericht vor:

Staatssekretär Dr. Schumpeter begrüßte in seiner Ansprache die Erschienenen herzlichst und bemerkte, daß er sich verpflichtet fühle, zu Beginn seiner Amtstätigkeit den volkswirtschaftlichen Redakteuren einige Mitteilungen über seine Absichten für die Zukunft zu machen. Er kenne den Stand der ökonomischen Journalisten seit geraumer Zeit und sei wiederholt mit ihnen in innigste Fühlung getreten. Er habe hierbei beobachten können, wieviel Talent, Fähigkeiten und Wissen in den Artikeln über den Geldmarkt enthalten ist. Zunächst habe er diese Erfahrungen in den so schöngegliederten Geldmarktartikeln der englischen Zeitungen machen können, aber auch ebenso in unserer Presse.

An Ihnen, meine Herren, ist es, fuhr der Staatssekretär fort, an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. In rein wirtschaftlicher Beziehung brauchen wir eigentlich nicht einmal übermäßig pessimistisch zu sein. In Deutschösterreich besteht zunächst die Schwierigkeit — das ist ein Segen und ein Fluch zugleich —, daß Wien das kreditpolitische Herz eines größeren Ganzen ist, das für einen größeren Organismus paßt und alle seine Ader ausstendete in die von uns nunmehr politisch losgetrennten Teile. Dieser Umstand hat zur Folge, daß wir einen unendlichen Vorrat von Intelligenz hier haben, er ergibt aber auch die große Schwierigkeit, daß wir uns mit allen jenen Gesellschaften, die ihren Sitz in Wien und ihre Fabriken in dem nunmehrigen Auslande haben, werden auseinandersehen müssen. Deutschösterreich und speziell Wien werden aber wohl für lange Zeit ein finanzielles Zentrum bleiben müssen. Die Nationalisierung einer Volkswirtschaft mag ja eine sehr schöne Sache sein. Die Czechen haben daran seit Jahrzehnten gearbeitet, sie haben es vielfach zu ihrem eigenen Schaden getan, nur um eines nationalen Ideals wegen. Die Nationalisierung einer Volkswirtschaft ist aber nur innerhalb einer gewissen Grenze möglich; politisch kann man sich viel leichter selbständig machen als wirtschaftlich. Wir werden schließlich einen Modus vivendi finden müssen. Die Grenzen der künftigen Entwicklung zeichnen sich heute schon mit unmerkbarer Deutlichkeit ab. In dem Organismus wird Wien weiterhin das finanzielle Zentrum bleiben müssen und an den rein wirtschaftlichen Verhältnissen wird die politische Trennung verhältnismäßig sehr wenig ändern.

Die wirtschaftlichen Bedingungen des Wiederaufbaues werden ganz andere sein, als die Bedingungen es waren, welche für die Umschaltung der Volkswirtschaft auf den Krieg maßgebend waren. Man hat seinerzeit sehr flott Geld ausgegeben, ohne Rücksicht auf das Morgen. Das bekannte Wort: „Je mehr die Sache kostet, um so besser ist es“, hätte gelten können, wenn der Krieg einige Monate gedauert hätte. Heute sind die Voraussetzungen ganz andere geworden. Der niedrige Zinsfuß während des Krieges, der einen so schreienden Gegensatz zu der Kapitalzerstörung bildete, war nur durch die Unterbindung des Verkehrs erklärlich. Heute müssen wir damit rechnen, daß auf der ganzen Welt, nicht nur in den kriegsführenden Staaten, sondern auch bei den Neutralen, eine bedeutende Erhöhung des Zinsfußes eintreten wird. Die kriegsführenden Staaten werden Guthaben aus den neutralen Ländern zurückziehen und es werden Effekten aus früher Kapital importierenden Ländern auf den Markt kommen. Diese Effekten werden von den neutralen Staaten und von Nordamerika aufgenommen werden und dieser Umstand wird den Zinsfuß auch in jenen Ländern heben, welche nicht am Kriege teilgenommen haben. Dies wird eine große Schwierigkeit — auch eine politische Schwierigkeit — bilden, denn es wird heute überall die Forderung nach einer künftigen Erniedrigung des Zinsfußes erhoben. Hierzu präzisere Stellung zu nehmen, wird sehr schwierig sein. Eine gute Kreditorganisation wird alles tun müssen, um den Zinsfuß niedrig zu halten, alle diese Bestrebungen aber werden eine Grenze an der Logik der Dinge finden. Eine weitere große Schwierigkeit ist die vollständige Desorganisation auf allen Gebieten. Wenn wir nur ruhig in derselben Weise wie vor dem Kriege alle an die Arbeit gingen, wir würden bald in Ordnung sein. Aber wir tun es leider nicht.

Abgesehen von diesen erwähnten Schwierigkeiten werden sich die Dinge bei uns nicht allzu böse anlassen. Die notwendigen Rohstoffe und zunächst die notwendigen Lebensmittel werden wir zweifellos erhalten; die dazu erforderlichen Kreditoperationen werden wir in kürzester Zeit eingeleitet und hoffentlich zu einem glücklichen Ende geführt haben. Oesterreich war im Auslande eigentlich immer sehr wenig kreditfähig. Während beispielsweise die Republik Sao Paulo vierzehn Tage, ehe sie Bankrott machte, in Paris eine Anleihe zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen unterbringen konnte, wäre es Oesterreich unmöglich gewesen, in Paris eine größere Anleihe günstig zu placieren. Dies lag zunächst in politischen Gründen; diese wären aber nie so stark geworden, wenn wir es verstanden hätten, die Geldmärkte zu behandeln und mit ihnen zusammen zu arbeiten.

Der Staatssekretär verwies in diesem Zusammenhange auf die große Propagandatätigkeit in den westlichen Ländern, namentlich von Seiten Russlands. Die politischen Gegensätze wären auch nie so scharf geworden, wenn wir Kreditbeziehungen mit dem Auslande gehabt hätten. Wenn Oesterreich ein großer Schuldner Westeuropas geworden wäre, hätte dieses kaum jene Balkanpolitik einschlagen können, die uns immer so in den Weg getreten ist, denn es wären immer so und so viele hundert Millionen durch diese Politik gefährdet gewesen. Die Finanzpolitik Russlands während des Russisch-japanischen Krieges hat gezeigt, daß der Wechselkurs trotz der verzweifeltsten Lage Russlands beinahe al pari blieb, dies nur deshalb, weil Rußland es verstanden hat, die westeuropäischen Geldmärkte richtig zu behandeln.

Es gilt nun heute, ohne solche Ansätze unser Werk zu beginnen. Ich hege die besten Hoffnungen, daß wir zu einem ganz ausreichenden Resultat kommen werden. Wir würden zum Beispiel die notwendigen Mittel erhalten, um unsere Währung auf eine neue metallistische Basis zu stellen, wenn wir wollten. Eine Goldwährung einzuführen — wobei natürlich über die Parität zu reden sein wird — wird sicher möglich sein. Eine Rückkehr zu den alten Grundsätzen einer soliden Bankpolitik wird uns nach einiger Zeit nicht allzu schwer fallen. Die Rückkehr zu Friedenszuständen setzt aber nicht nur das notwendige

Kapital, Rohstoffe und Schiffsraum voraus — das wird zu haben sein —, sondern vor allem einen energischen Sparprozeß im Inlande und die nötige Bewegungsfreiheit des Unternehmungsgeistes. Was wir in dieser Beziehung gesündigt haben, ist bekannt. Alle Kräfte unserer Volkswirtschaft wurden in eine Tätigkeit gedrängt, die ihnen eigentlich fremd ist. Es hat sich nach und nach der Zustand herausgebildet, daß die leitenden Persönlichkeiten der Volkswirtschaft hauptsächlich nach dem Gesichtspunkte ausgewählt wurden, was sie bei der Staatsverwaltung durchsetzen können.

Wir werden in die Privatwirtschaft tief eingreifen müssen. Wir stehen im Zeichen der Sozialisierung. Es ist ganz hoffnungslos zu glauben, daß dieser Gedanke ein vorübergehender sein wird. Wir müssen trachten, ihn zu verwirklichen und müssen hierin soweit gehen, daß sozusagen links von uns nichts mehr möglich ist. Soweit aber nicht sozialisiert wird, müssen wir der Wirtschaft volle Freiheit lassen. Zwei Möglichkeiten gibt es für den Wiederaufbau: freie Entwicklung des Unternehmers oder Sozialismus. Beide Prinzipien können gute Kräfte auslösen und sind denkbar. Welches Prinzip vorzuziehen ist, will ich hier nicht diskutieren. Ich muß aber den Satz vertreten, daß das Schwanken zwischen beiden Grundätzen etwas Unhaltbares wäre. Man kann die Industrie sozialisieren, man darf sie aber nicht ruinieren. Sie kann natürlich auch steuerpolitisch ruiniert werden. Das, was ich sage, will ich also als ein Memento an mich selbst richten. Wenn wir uns diese Grundsätze vor Augen halten, wird sich unser Wirtschaftsleben ziemlich schnell erholen können. Es wird sich aber nur dann erholen, wenn uns ein weiteres Wirtschaftsgebiet zur Verfügung steht, als es Deutschösterreich momentan ist, und wenn wir innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes der Volkswirtschaft die entsprechende Freiheit lassen. Der Staatssekretär verweist auf seine Mitarbeit in der deutschen Sozialisierungskommission, wo er einer der Verfasser des Majoritätsberichtes der Kohlenkommission gewesen sei. Dieser Bericht gehe in der Frage der Demokratisierung der Wirtschaft soweit, als es nur irgend möglich ist. Was aber nicht möglich ist, die Verdrückung aller Persönlichkeiten auf das gleiche Niveau. Man darf sich nicht vor einem hervorragenden Erfolg und vor jeder hervorragenden Persönlichkeit verschließen, sondern muß bereit sein, den leitenden Männern auch im Falle einer Sozialisierung Einkommen beinahe in derselben Höhe zu gewähren, wie sie sie jetzt erwerben. Auch die Arbeiterschaft muß lernen — wie es zum Beispiel Lenin schon begriffen hat —, daß dies bei der Sozialisierung notwendig sein wird. Auch aus dem Gebiete des Sozialismus ist eine Organisation denkbar, welche dieselbe Promptheit aufweist wie die kapitalistische. Wenn die Zeit dafür gekommen sein wird, wird man es tun können. Ist die Zeit nicht gekommen, dann muß man die Wirtschaft schonen. Das ist die Alternative, für welche wir uns werden entscheiden müssen.

Das, was wir zunächst zu tun haben, ist die Lösung einer Reihe von komplizierten Fragen, die sich darauf beziehen, wie wir das Herz aus dem größeren Wirtschaftsorganismus herauslösen können. In dieser Richtung erinnert der Staatssekretär insbesondere an die Abstempelung der Roten und die Sperrverordnung. Diese Maßregeln haben gezeigt, daß die Volkswirtschaft sich temporär allen Maßnahmen anpassen kann, es ist aber selbstverständlich, daß solche Maßregeln nur kurze Zeit dauern können und daß man nachher jedermann sagen kann: Jetzt kannst du wieder frei disponieren. Wann wir zu diesem Zeitpunkte kommen werden, hängt nicht von uns ab. Wenn man in Paris weiter so langsam verhandelt wird, wird es natürlich länger dauern. Aber schließlich steht der Friede doch bevor und dann auch ein Zustand, in welchem das Leben wieder einen Sinn gewinnen wird. Der Staatssekretär schloß seine Ausführungen, welche wiederholt von lebhaftem Beifall begleitet waren, mit der Versicherung, daß er jede aus dem Kreise der volkswirtschaftlichen Presse stammende Anregung immer auf das freudigste begrüßen werde.